



Radikale rechtspopulistische Parteien in den Nordischen Ländern

Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Erklärungsansätze¹

ANNA-LENA LODENIUS UND MATS WINGBORG

Juni 2011

- Rechtspopulistische Parteien erhalten in Europa immer stärkeren Zulauf. So auch in den Nordischen Ländern: In Dänemark und Norwegen sind rechtspopulistische Parteien seit mehreren Jahren in den Parlamenten vertreten und beeinflussen die Politik entscheidend mit, und auch in Schweden gelang bei den Wahlen 2010 der Einzug ins Parlament.
- Die Parteien weisen Gemeinsamkeiten hinsichtlich ihrer politischen Agenda und Rhetorik auf, unterscheiden sich jedoch in ihren Wurzeln und ihrer Entstehungsgeschichte. Zudem beeinflussen das politische System, gesellschaftliche Strukturen und das Verhalten der Medien die Erfolgchancen der Rechtspopulisten.
- Für die Sozialdemokratie ist es wichtig, den Raum der rechtspopulistischen Parteien zu begrenzen und sie nicht die politische Tagesordnung bestimmen zu lassen. Gleichzeitig sollte ihrer populistischen Propaganda mit fundierten Argumenten und einer klaren ideologischen Linie begegnet werden.

1. Kurzfassung der 2010 auf schwedisch erschienenen Publikation *Arbetarrörelsens strategier för att motverka främlingsfientliga och högerpopulistiska partier – erfarenheter från Danmark, Norge och Sverige* [Strategien, wie die Arbeiterbewegung fremdenfeindlichen und rechtspopulistischen Parteien entgegenwirken kann – Erfahrungen aus Dänemark, Norwegen und Schweden].



Inhalt

Die populistische Eigenart	3
Dänemark: Vom Steuerprotest zum Widerstand gegen Einwanderer	3
Schweden: Schonen ebnete den Weg für das ganze Land	4
Norwegen: Von einer widerspenstigen Protestbewegung zur geschliffenen Anti-Einwanderungspartei	5
Warum sind rechtspopulistische Parteien in Skandinavien erfolgreich?	6
Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Nordischen Ländern	7
Einige Thesen, wie dem Wachstum der RHP-Parteien entgegengewirkt werden kann	8
Literatur	10



Im Zuge der Finanzkrise und steigender Arbeitslosigkeit erhalten migrationskritische und rechtspopulistische Parteien in ganz Europa immer stärkeren Zulauf. Auf der politischen Bühne erscheinen zunehmend Akteure, die sich gegen Einwanderer, Muslime, Roma, Juden und Homosexuelle wenden und häufig eine reaktionäre Auffassung über Familie, Gleichstellung und Sexualpolitik vertreten. Hinzu kommt in der Regel eine starke Kritik an der EU und Globalisierung.

Für diese Parteien gibt es viele verschiedene Bezeichnungen: fremdenfeindlich, kulturrassistisch und nationalistisch. Im wissenschaftlichen Diskurs Schwedens ist der Begriff RHP-Parteien (RHP steht für »radikal högerpopulistisk«, auf deutsch: radikal rechtspopulistisch) die gebräuchlichste Bezeichnung und Abkürzung.

Für die Sozialdemokratie gibt es viele Gründe, dem Anwachsen der sogenannten RHP-Parteien entgegenzuwirken. Zunächst, weil diese Parteien fremdenfeindliche und frauenfeindliche Propaganda verbreiten, aber auch, weil sie Wähler der Arbeiterklasse anlocken und eine rechte Politik betreiben. RHP-Parteien orientieren sich häufig an der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften. Sie bedienen sich sozialdemokratischer Rhetorik und vertreten in Wirtschaftsfragen oftmals Standpunkte, die denen der Sozialdemokraten nahestehen.

Die populistische Eigenart

RHP-Parteien weisen im Vergleich zu anderen rechten Parteien einige Besonderheiten auf. Eine wichtige Gemeinsamkeit ist ihre Fremdenfeindlichkeit, die auf einem Ethnonationalismus gründet. Das zeigt sich zum Beispiel in ihrer nostalgischen Vorstellung, dass es in ihrem Land einmal eine Art natürliches Gleichgewicht gegeben habe, das von der Globalisierung und dem Machthunger der Elite zerstört wird.

Ein weiteres gemeinsames Merkmal der RHP-Parteien ist ihr »Wohlfahrtschauvinismus«, der Leistungen des Staates nur dem eigenen Volk zugute kommen lassen will (vgl. Rydgren 2007). Auch durch ihre Art zu agitieren und sich zu organisieren unterscheiden sie sich von den anderen Parteien. Die Erklärung verbirgt sich zum Teil im dritten Buchstaben des Kürzels RHP: Populismus.

Populistische Parteien sehen sich als »Stimme des Volkes« und verweisen auf die Kluft zwischen den normalen Bürgerinnen und Bürgern und der herrschenden Klasse, der Elite der Gesellschaft. Einwanderer sind jedoch von der Gruppe dieser »normalen Bürger« ausgenommen.

Populisten wenden sich häufig gegen das politische System und gegen andere Politiker, sie geben vor, für eine Alternative einzutreten, die den Bürgerinnen und Bürgern mehr Macht und Einfluss einräumt. Tatsächlich sind sie in der Regel stärker hierarchisch und weniger demokratisch organisiert als andere Parteien. Dabei sind sie stets bemüht, offenen Faschismus zu vermeiden und nicht als antidemokratisch zu erscheinen, da dies delegitimierend wirken würde.

Auch in Skandinavien haben sich rechtspopulistische Parteien im politischen Alltag etabliert. In Dänemark und Norwegen schon seit mehreren Jahrzehnten und mit zweistelligen Wahlergebnissen, in Schweden ist eine RHP-Partei seit 2010 mit 5,7 Prozent der Wählerstimmen im Parlament vertreten. Im Folgenden soll die Entwicklung der jeweiligen Parteien kurz dargestellt werden, bevor auf die Gründe ihres Erfolges eingegangen wird.

Dänemark: Vom Steuerprotest zum Widerstand gegen Einwanderer

Im Jahr 1972 gründete Mogens Glistrup, ehemaliger Steuerrechtsexperte und Dozent an der Universität Kopenhagen, die *Fortschrittspartei (Fremskridtspartiet)*, die 1973 bei den Wahlen zum dänischen Parlament – dem Folketing – mit einem politischen Programm antrat, das Forderungen nach Abschaffung der direkten Einkommensteuer, Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung um 90 Prozent, Abschaffung des dänischen Militärs, des Kultur- und Außenministeriums sowie sämtlicher Auslandsvertretungen enthielt. Volksabstimmungen sollten zukünftig das höchste beschließende Organ darstellen. Mit diesem Programm erzielte die Partei bei den Wahlen zum Folketing aus dem Stand 15,9 Prozent der Wählerstimmen.

Glistrup musste 1983 wegen Steuerhinterziehung ins Gefängnis, wurde jedoch 1985 aus gesundheitlichen Gründen auf freien Fuß gesetzt. Von nun an war für ihn die Begrenzung der Einwanderung nach Dänemark ein zentrales politisches Anliegen. Mitte der 1980er Jahre



keimte die Einwandererfrage nicht nur in Dänemark auf, sondern auch in den übrigen nordischen Staaten. Die Einwanderung von Arbeitskräften war zwar rückläufig, doch es kamen verstärkt Flüchtlinge ins Land. Ein Teil der Flüchtlinge stammte aus muslimischen Ländern – eine Einwanderungsgruppe, gegen die sich der Widerstand immer stärker richten sollte. Während der Inhaftierung Glistrups war Pia Kjærsgaard als seine Stellvertreterin in den Folketing eingezogen. Sie versuchte einen weniger vulgären Ton an den Tag zu legen als ihr Vorgänger, der allmählich zu einer immer größeren Belastung für die Partei geworden war. 1991 betrug der Anteil der Wählerstimmen für die *Fortschrittspartei* nur noch ein Prozent.

Die schwache Unterstützung der *Fortschrittspartei* in der Bevölkerung und der Wunsch nach einer konservativeren politischen Ausrichtung veranlassten Pia Kjærsgaard und weitere Parteimitglieder 1995 zur Gründung einer neuen Partei, der *Dänischen Volkspartei* (*Dansk Folkeparti*, DF). Als diese erstmals bei den Folketing-Wahlen 1998 antrat, erhielt sie bereits 7,4 Prozent der Wählerstimmen. Noch nicht einmal zehn Jahre später – bei den Wahlen 2007 – hatte sich ihr Stimmanteil mit 13,9 Prozent schon fast verdoppelt, bei der Europawahl 2009 konnte sie ihr Ergebnis auf 15,1 Prozent steigern.

Im Unterschied zur *Fortschrittspartei* machte die *Dänische Volkspartei* von Beginn an die Reduzierung der Einwanderung zu ihrem Hauptthema, gepaart mit einer polemischen Rhetorik, populistischer Kritik an den politischen Eliten und einem ausgeprägten EU-Skeptizismus.

Die *Dänische Volkspartei* hat sich mehr als die Hälfte der Jahre seit ihrer Gründung in der Nähe der Regierungsmacht befunden. Anfang 2000 sagte Anders Fogh Rasmussen, damals Parteivorsitzender der konservativen *Venstre*, dass seine Partei eine Zusammenarbeit mit der DF nicht ausschließe, wenn dies für eine politische Mehrheit nach der Wahl im darauffolgenden Jahr notwendig sein sollte. Seit 2001 toleriert die rechtspopulistische DF die liberal-konservative Minderheitsregierung, jedoch ohne ein Ministeramt zu bekleiden.

Schweden: Schonen ebnete den Weg für das ganze Land

In Schweden ist eine ähnliche Entwicklung von Steuerprotesten und Opposition gegen Staat und Behörden sowie

zunehmender Widerstand gegen Einwanderer festzustellen. Im Unterschied zu Dänemark gab es in Schweden aber lange Zeit keine im ganzen Land aktive Partei, die solche Stimmungen hätte auffangen können. Erst bei den Wahlen im September 2010 erhielten die rechtspopulistischen *Schwedendemokraten* (*Sverigedemokraterna*, SD) 5,7 Prozent der Wählerstimmen und sind seitdem mit 20 Mandaten im schwedischen Reichstag vertreten.

Davor waren vor allem lokale populistische Protestparteien in der südschwedischen Provinz Schonen eine Art neoliberale Opposition gewesen. Typische, von diesen Parteien vorangetriebene Fragen waren der Kampf für einen kommerziellen Rundfunk und den freien Verkauf von alkoholischen Getränken in normalen Lebensmittelgeschäften. Diese Forderungen wurden zum Beispiel von der *Schonenpartei* (*Skånepartiet*) und den *Zentrumsdemokraten* (*Centrumdemokraterna*) vorgetragen, letzterer ein aus der dänischen Politik übernommener Parteiname. Die Parteien stellten keine rechtspopulistischen Parteien dar, wie wir sie heute sehen können, da Einwanderungsfragen bei ihnen keine große Rolle spielten. Sie speisten sich eher aus einer Unzufriedenheit über den starken Staat und die hohe Steuerbelastung.

Es gab auch eine schwedische Variante der dänischen *Fortschrittspartei*, unter anderem in Schonen. Dort war ein Ableger dieser Partei in der Gemeinde Landskrona von 1994 bis 2002 im Kommunalparlament vertreten. Landskrona wurde später zur stärksten Basis der *Schwedendemokraten*, die bei den Gemeinderatswahlen 2006 mit 22,2 Prozent über ein Fünftel aller Stimmen erhielten und somit zur drittstärksten Partei wurden. Seit den Wahlen 2010 sind die *Schwedendemokraten* in allen Kommunen Schonens repräsentiert.

Für die *Schwedendemokraten* war Migration bereits von Anfang an ein Thema. Die Wurzeln der Partei liegen in der rassistischen und rechtsextremen Bewegung *Bewahrt Schweden schwedisch* (*Bevara Sverige Svenskt*, BSS), die Ende der 1970er Jahre von einer Gruppe Männer aus nationalistischen und faschistischen Kreisen gegründet worden war.

Offizielle Gründung der *Schwedendemokraten* war 1988. Anders Klarström, der erste Parteivorsitzende, war ein ehemaliger Neonazi. 1995 wurde er von Mikael Jansson abgelöst und erst unter seiner Führung begann sich



allmählich das abzuzeichnen, was die heutige Partei ausmacht.

Die rechtspopulistischen Parteien in Europa haben entweder nazistische oder populistische Wurzeln. Die *Schwedendemokraten* stellen eine Mischung dar – mit sowohl nazistischen Ursprüngen wie BSS als auch populistischen Vorläufern in den regionalen Protestparteien in Schonen.

Wichtigste Frage der *Schwedendemokraten* ist die Reduzierung der Einwanderung, insbesondere von Muslimen. Außerdem tritt die Partei für einen starken Staat ein, der für Wohlfahrt und die Verteidigung der „schwedischen Kultur“ stehen soll.

Die *Schwedendemokraten* konnten seit ihrem Start 1988 bei jeder Wahl zulegen. Heute wollen sie lieber mit der *Dänischen Volkspartei* als mit der *British National Party* oder anderen, noch extremeren Rechtspopulisten verglichen werden. Dies hinderte jedoch SD-Vertreter keineswegs daran, Ende März 2010 an einem Treffen mehrerer rechtspopulistischer Parteien Europas in Gelsenkirchen teilzunehmen und über die Ausarbeitung eines EU-Gesetzes zur Verhinderung der Errichtung von Moscheen zu diskutieren. Das Treffen war Auftakt einer europäischen Unterschriftensammlung, an der neben SD auch *Vlaams Belang* aus Belgien, die österreichische *Freiheitliche Partei* (FPÖ) und die französische *Nouvelle droite populaire*, ein Ableger der *Front national*, teilnahmen.

Norwegen: Von einer widerspenstigen Protestbewegung zur geschliffenen Anti-Einwanderungspartei

Die Gründung der norwegischen *Fortschrittspartei* (*Fremskrittspartiet*, FrP) erfolgte im Jahr 1973 – trotz ihres heutigen Profils als etablierte Partei ohne allzu extreme Ausrichtung – in einem Umfeld, in dem Neonazis und Faschisten einen selbstverständlichen Platz einnahmen. Zunächst trug die FrP den Namen ihres Gründers Anders Lange (*Anders Langes Partei für eine starke Senkung von Steuern, Abgaben und staatlichen Interventionen*, ALP). Lange (1904–1974) hatte seinen politischen Hintergrund in faschistischen Gruppen, die vor und während des Zweiten Weltkriegs den Kommunismus bekämpft hatten. Er war Gegner der Okkupation Norwegens während des Nationalsozialismus, jedoch von Hitler und Mussolini und dem Faschismus in Italien fasziniert.

Die ALP hatte im gleichen Jahr ihren Durchbruch, als Glistrup mit der *Fortschrittspartei* seinen ersten Wahlerfolg in Dänemark erzielte. Doch war das Wahlergebnis bescheidener ausgefallen: Insgesamt erhielt die ALP bei den Parlamentswahlen 1973 fünf Prozent und somit vier Mandate im Storting, dem norwegischen Parlament. Der plötzliche Tod des Parteiführers Anders Lange im darauffolgenden Jahr führte zu einer Krise in der Partei. Die Wende kam erst 1978 mit der Wahl von Carl Ivar Hagen zum Parteivorsitzenden – einen Posten, den er 28 Jahre bekleidete.

Carl I. Hagen verwandelte die renitente Protestbewegung von Lange in eine strukturiertere Partei, ähnlich wie es Pia Kjøersgaard in Dänemark getan hatte. Doch im Unterschied zu Kjøersgaard setzte Hagen den Aufbau der früheren Parteiorganisation fort, die einen neuen Namen bekam: *Fortschrittspartei* (*Fremskrittspartiet*).

Nach einem intensiven Wahlkampf konnte die FrP 1981 die verlorenen Sitze im Storting wieder zurückerobert und kam auf 4,5 Prozent. Damals trat sie in erster Linie für niedrigere Steuern, höhere Pensionen und Einsparungen im öffentlichen Sektor ein. Etwa Mitte der 1980er Jahre wurde die Frage nach einer restriktiveren Einwanderungspolitik immer wichtiger, die dann den Wahlkampf 1987 dominierte. Inzwischen kann die Partei auch nicht mehr als neoliberal bezeichnet werden, sondern verteidigt die öffentliche Wohlfahrt.

Obwohl die rechtspopulistische *Fortschrittspartei* Ende der 1990er Jahre die drittgrößte Partei Norwegens war, hatte sie nicht den gleichen Einfluss wie die *Dänische Volkspartei* in Dänemark. Dies lag vor allem daran, dass das konservative Lager die FrP bisher nicht an der Regierung beteiligen wollte. Allerdings war die FrP in mehreren norwegischen Kommunen in der Regierung vertreten und in Oslo von 1990–1991 sogar stärkste Partei, die mit Peter N. Myhre den Bürgermeister stellen konnte.

Nach dem Rücktritt Hagens 2006 übernahm Siv Jensen den Parteivorsitz. Bei der Wahl zum Storting 2009 erhielt die FrP 22,9 Prozent der Stimmen und wurde damit zweitgrößte Partei nach der sozialdemokratischen *Arbeiderpartei*. Die meisten Stimmen erzielte die FrP bei Gewerkschaftsmitgliedern. Die Sozialdemokraten konnten jedoch die Regierungsmacht mit Unterstützung der *Umweltpartei Die Grünen* und der *Sozialistischen Linkspartei* behalten. Nach der Wahl 2009 hat die konservative



Partei *Høyre* Farbe bekannt und strebt bei der nächsten Wahl ausdrücklich eine Regierungsbildung mit der FrP an. Auch die FrP spricht sich nun deutlich für eine konservative Regierung aus, was sie bisher nicht getan hatte.

Warum sind rechtspopulistische Parteien in Skandinavien erfolgreich?

Für das Anwachsen der radikal rechtspopulistischen Parteien im Norden Europas gibt es verschiedene Erklärungen. Grundsätzlich lässt sich konstatieren, dass das Erstarren von RHP-Parteien durch ein Zusammenspiel mehrerer Faktoren begünstigt wird. Wichtig ist, dass Veränderungen in der »Nachfrage« der Wähler, also bei den von den Wählern als wichtig erachteten Themen und Problemen, von diesen Parteien in ihrer Programmatik und Rhetorik bedient werden. Systemische Faktoren, wie Wahlsystem oder Föderalismus, können ebenfalls Einfluss haben. Niedrige Sperrklauseln beispielsweise können eine neue Partei leichter ins Parlament einziehen lassen. Zudem spielt auch das Verhalten der Medien sowie der anderen Parteien eine wichtige Rolle. Im Falle der Nordischen Länder vertreten einige Forscher und Intellektuelle die These, dass die RHP-Parteien aus der Medienberichterstattung über das »Integrationsproblem« Nutzen gezogen haben. So erhielten zum Beispiel die *Schwedendemokraten* bei den Wahlen 2006 nahezu ein Viertel aller Stimmen in der schonischen Stadt Landskrona. Dieser große Erfolg wurde von verschiedener Seite auf eine Artikelreihe der Zeitung *Landskrona Posten* über Einwanderer und Kriminalität zurückgeführt. Die Berichte waren einseitig und bedienten Vorurteile gegen Einwanderer, wie schon an den Schlagzeilen deutlich wurde: »Ein Artikel hatte den Titel »Wir haben die Gewalt im Blut«, so Ann-Sofie Garsén, aktiv bei »Arbeiter gegen Rassismus«, einem Projekt des schwedischen Gewerkschaftsbunds LO.

Auch die Medienforscherin Gunilla Hultén, die 50 Jahre schwedische Nachrichtenjournalistik im Hinblick auf die Schilderung von Flüchtlingen und Einwanderern erforscht hat, hebt den Einfluss der Berichterstattung von *Landskrona Posten* hervor: »Die mit Aufmerksamkeit bedachte Artikelreihe der *Landskrona Posten* über Bandenkriminalität ist ein Beispiel dafür, dass Gegensätze und Unterschiede zwischen »Schweden« und »Einwanderern« betont und aufrechterhalten werden. Auch bei der Berichterstattung beispielsweise von Gewalt gegen Frauen mit Migrationshintergrund neigt man dazu, unsere schwedischen,

überlegenen Wertvorstellungen einer patriarchalen und gewaltsamen Kultur gegenüberzustellen.«²

Gunilla Hultén meint, dass sich schwedische Journalisten bei der Berichterstattung über die Migration allzu leicht an der Sprache von Politikern und Behörden orientieren. Somit ist es entscheidend, wie das Thema dort diskutiert wird. Bis Ende der 1990er Jahre herrschte laut Hultén im Großen und Ganzen parteipolitische Übereinstimmung über eine offene und großzügige Migrationspolitik, insbesondere im europäischen Vergleich. Doch vor den Wahlen 2002 und 2006 wurde diese Einigkeit von der *Liberalen Volkspartei (Folkpartiet)* aufgegeben, die mit mehreren als fremdenfeindlich kritisierten Vorschlägen aufwartete. Auch durch den Erfolg der *Schwedendemokraten* 2010 rückte eine rechtspopulistische Sprache in den Blickpunkt der Öffentlichkeit und Nachrichtensendungen, so Hultén (vgl. dazu Berthelson 2006).

In Schweden wurde in einigen Medienredaktionen darüber diskutiert, wie über Kriminalität berichtet werden sollte. In der Folge haben mehrere Redaktionen beschlossen, den ethnischen bzw. nationalen Hintergrund eines Täters im Zusammenhang mit einer Straftat nicht mehr zu nennen, da dies nach ihrer Auffassung keine Relevanz hat. Hultén verweist auf den politischen Kontext dieser Entscheidung: »In mehreren früheren Fällen erwähnten die Medien den ethnischen Hintergrund der Täter und wurden dafür kritisiert. Nach dem »Krieg gegen den Terrorismus« ist man vorsichtiger geworden, Menschen als Muslime zu bezeichnen.«³

Der frühere schwedische Presseombudsman⁴ Olle Stenholm hatte sich stark in der Frage engagiert, in welchem Fall die ethnische Abstammung eines (möglichen) Täters

2. Interview mit Gunilla Hultén am 12.6.2010, durchgeführt von Mats Wingborg. Schwedisches Originalzitat: »Landskrona Postens uppmärksammade artikelserie om gängvåldet är ett exempel på att motsättningar och skillnader mellan »svenskar« och »invandrare« understryks och vidmakthålls. Även vid rapportering om exempelvis våld mot kvinnor med utländsk bakgrund finns en tendens att ställa våra, svenska, överlägsna värderingar mot en patriarkal och våldsam kultur.«

3. Interview mit Gunilla Hultén am 12.6.2010, durchgeführt von Mats Wingborg. Schwedisches Originalzitat: »Vid ett antal tidigare fall skrev medierna om förövarnas etniska bakgrund, men fick kritik. Efter »kriget mot terrorismen« har man också blivit mer försiktig med att skriva ut om människor är muslimer.«

4. Ein Ombudsman ist eine von Regierung und Parlament eingesetzte unabhängige Vertrauensperson, an die sich die Bürgerinnen und Bürger wenden können. In Schweden existieren für viele Bereiche von Politik und Verwaltung solche Ombudsstellen. Der Presseombudsman ist für Fragen der Presseethik zuständig und geht Verletzungen des guten publizistischen Brauchs nach.



bei Straftaten erwähnt werden sollte. Nach seiner Ansicht wurde häufig einfach »gedankenlos« der ethnische Hintergrund erwähnt. Gleichzeitig betonte Stenholm, dass es manchmal tatsächlich berechtigt sein kann, den ethnischen Hintergrund zu nennen; dann müssten die Redaktionen bzw. Journalisten dies jedoch begründen.⁵

Vergleicht man die Medienberichterstattung über Migration in Dänemark und Schweden, zeigt sich ein wichtiger Unterschied: Migrationsfragen erhalten in dänischen Medien erheblich mehr Aufmerksamkeit als in schwedischen Medien, wozu auch die rechtspopulistische *Dänische Volkspartei* beigetragen hat. Zeitweise beschäftigte sich etwa die Hälfte der Medienberichterstattung mit Problemen und Ereignissen, die in irgendeiner Weise mit Einwanderung, Migrationspolitik etc. in Verbindung gebracht werden konnten. Untersuchungen haben dabei gezeigt, dass dänische Medien das Thema Einwanderung hauptsächlich als Problem darstellen (vgl. Rydgren 2010). Gleichzeitig sind Migrationsfragen in den letzten Jahren in der politischen Debatte Dänemarks mehr oder weniger in den Hintergrund geraten (vgl. Sundström 2010). Dies könnte daran liegen, dass bei diesem Thema zwischen den meisten dänischen Parteien nun breite Übereinstimmung herrscht; Parteien mit abweichender Meinung ziehen weniger als zehn Prozent Wähler an. Im Unterschied zu Schweden ist es den Rechtspopulisten in Dänemark gelungen, die politische Tagesordnung zu beeinflussen und die Migrationspolitik Dänemarks in eine restriktivere Richtung zu verändern.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Nordischen Ländern

Die in diesem Beitrag vorgestellten skandinavischen Länder Dänemark, Schweden und Norwegen weisen zunächst große Gemeinsamkeiten auf. Dazu gehören ein die Politik prägendes Gleichheitsideal, hohe Steuern, Wohlfahrtspolitik und eine im internationalen Vergleich weitreichende Gleichstellung. Alle drei Länder sind stabile Demokratien mit einer deutlichen Rechts-Links-Dimension in der Politik. Außerdem handelt es sich um weitgehend säkularisierte Staaten, in denen die Kirche und die Macht der Religion stark an Bedeutung verloren haben. Im Norden Europas ist die Wahlbeteiligung hö-

her als anderswo, in Dänemark ist sie sogar weltweit am höchsten (vgl. Meier Carlsen 2010).

Doch es gibt auch Unterschiede. Dänemark hat die Finanzkrise relativ gut überstanden und Norwegen war aufgrund seiner robusten Öl- und Erdgaseinnahmen von den Auswirkungen der Krise kaum betroffen. Hingegen hat sich die schwedische Wirtschaft in der Krise stark rückläufig entwickelt. Deshalb ist es interessant, dass sich die *Schwedendemokraten* bis 2010 nicht auf nationaler Ebene durchsetzen konnten, da Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit die Entstehung und Stärkung rechtspopulistischer Parteien durchaus begünstigen können.

Ein deutlicher Unterschied zeigt sich bei den rechtspopulistischen Parteien hinsichtlich ihres Ursprungs: Die *Fortschrittspartei* in Dänemark und die *Fortschrittspartei* in Norwegen bildeten sich als klassische Protestparteien heraus, mit denen die Unzufriedenheit über die herrschende politische Klasse zum Ausdruck kommen sollte. Dagegen haben die *Schwedendemokraten* ihre Wurzeln in nationalsozialistischen Gruppen – erst im Laufe der Parteientwicklung bemühte man sich um ein gemäßigteres Bild (vgl. Ekman/Poohl 2010).

Alle drei Länder hatten starke Arbeiterbewegungen und starke charismatische Anführer wie Hans Hedtoft⁶ und H. C. Hansen⁷ in Dänemark, Per Albin Hansson⁸ und Tage Erlander⁹ in Schweden sowie Einar Gerhardsen¹⁰ in Norwegen. Was die skandinavischen Gesellschaften dabei besonders geprägt hat, ist der historische Kompromiss, bei dem eine konservative Elite die politische Dominanz der Arbeiterklasse akzeptiert, die Arbeiterklasse jedoch von einer Verstaatlichung der Wirtschaft absieht. Nach Ansicht des dänischen Journalisten Erik Meier Carlsen kann die Entstehung der *Fortschrittspartei* und später der *Dänischen Volkspartei* als Reaktion auf den Beitritt Dänemarks zur EG und den Streit unter den Sozialdemokraten in dieser Frage angesehen werden. In den Augen der Wähler hätten sich Identität und Image der Sozialdemokraten in dieser Zeit entscheidend verändert (vgl. Meier Carlsen 2010).

6. Dänischer Ministerpräsident von 1947–1950 und 1953–1955.

7. Dänischer Ministerpräsident von 1955–1960.

8. Schwedischer Ministerpräsident von 1932–Juni 1936 und von September 1936–1946.

9. Schwedischer Ministerpräsident von 1946–1969.

10. Norwegischer Ministerpräsident von 1945–1951, 1955–August 1963 und von September 1963–1965.

5. Vgl. <http://quickresponse.se/artiklar/2003/juli/publicering-av-etnicitet-motiveras-olika/> (23.05.2011).



In Schweden, so die These des Soziologieprofessors Jens Rydgren, zogen die Wähler zunächst eine andere unerprobte Alternative vor: eine konservative Regierung aus drei bürgerlichen Parteien. Nach 40 Jahren sozialdemokratischer Machtdominanz sei der Regierungswechsel 1976 ein großer Einschnitt gewesen (die konservative Regierung blieb allerdings nur bis 1981 an der Macht). Doch erst als deutlich wurde, dass die neue Regierung keine großen und umwälzenden Veränderungen auf den Weg brachte, sei das Bedürfnis nach einer populistischen Alternative entstanden (vgl. Rydgren 2005).

Nach Auffassung der Soziologen Björn Fryklund und Tomas Peterson diente Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre die *Zentrumspartei (Centerpartiet)*, mit Wurzeln im alten *Bauernbund (Bondeförbundet)*, in Schweden als Ersatzprotestpartei. Ihrer Meinung nach können die Erfolge der Zentrumspartei eine Erklärung dafür sein, dass sich in Schweden im Gegensatz zu den anderen skandinavischen Ländern zunächst keine populistische Partei bildete (vgl. Fryklund/Peterson 1989). Erst 1991 wurde die *Neue Demokratie (Ny demokrati)* von einem schwedischen Industriellen und einem Geschäftsmann gegründet. Sie entsprach allen Kriterien einer typischen populistischen Partei der neoliberalen Art. Sie ließ sich bei ihrer Politik von dem neoliberalen Think Tank »Die neue Wohlfahrt« inspirieren. Kernfragen waren Deregulierung, niedrigere Steuern, Privatisierungen – aber auch weniger Einwanderung. Die *Neue Demokratie* erreichte bei den Parlamentswahlen 1991 auf Anhieb 6,7 Prozent der Stimmen und 25 Mandate und war dann bis 1994 im schwedischen Reichstag vertreten (vgl. dazu Bauer 2010: 3). Letztlich scheiterte die Partei am mangelnden organisatorischen Aufbau. Die Enttäuschung der Wähler über die *Neue Demokratie* mag dazu beigetragen haben, dass die *Schwedendemokraten* anfangs nur wenig Erfolg hatten. In der Bevölkerung war zwar die grundsätzliche »Nachfrage« nach einer solchen Partei gegeben, doch gelang es den *Schwedendemokraten* und ihren Vorläufern zunächst nicht, dieser mit einer entsprechenden Programmatik und Organisation zu begegnen (vgl. Rydgren 2002).

Jens Rydgren nennt in seinem Buch *Vom Steuerprotest zum ethnischen Nationalismus* zwei Voraussetzungen in Parteiensystem und Wahlverhalten, die das Anwachsen rechtspopulistischer Parteien erklären können (vgl. Rydgren 2005). Das erste ist die *Umstrukturierung (realignment)*, wonach sich das Wählerverhalten nach neuen

Grundsätzen strukturiert. Es begünstigt fremdenfeindliche rechtspopulistische Parteien, wenn sozio-ökonomische Konflikte weniger wichtig werden und stattdessen sozio-kulturelle Konflikte (also Fragen bezüglich Ethnizität, Gesellschaft, Familienpolitik, Gleichstellung, Sexualität etc.) an Bedeutung gewinnen. Für die Nordischen Länder lässt sich beobachten, dass in Schweden lange Zeit sozio-ökonomische Konflikte noch von erheblicher Relevanz waren, während beispielsweise in Dänemark sozio-kulturelle Fragen in den Vordergrund rückten. Dies ist vor allem für die Sozialdemokratie von Bedeutung: Viele Wähler aus der Arbeiterklasse sind in ökonomischen Fragen links, während sie in sozio-kulturellen Fragen eher konservativ oder sogar rechts sind. Doch sie wählen sozialdemokratisch, solange sozio-ökonomische Fragen für sie die höchste Priorität haben und sie sich von den Sozialdemokraten dabei am besten repräsentiert fühlen (vgl. Lipset 1981). Ändern die Sozialdemokraten jedoch ihre klassischen linken Standpunkte in wirtschaftspolitischen Fragen – wie Steuerausgleich, Schwerpunkt auf Umverteilung und Maßnahmen in der Wohlfahrt – und gewinnen gleichzeitig sozio-kulturelle Konflikte an Bedeutung, fühlen sich viele dieser Wähler politisch im Stich gelassen. Dies können RHP-Parteien für sich nutzen, indem sie teilweise linke wirtschaftliche Ideen mit konservativen Wertvorstellungen kombinieren. Die zweite Grundvoraussetzung, auf die Rydgren verweist, ist die *Entstrukturierung (dealignment)*, wonach die Wähler ihre alte Parteiloyalität verlieren, beispielsweise indem das Wählen nach Klassenzugehörigkeit abnimmt. Dies ebnet den Weg für Parteien, die eine Anti-Establishment-Strategie verfolgen und damit die politisch Heimatlosen mobilisieren können. Die RHP-Parteien haben oft einen hohen Anteil von Wählern, die sich weder im rechten noch im linken Lager richtig zuhause fühlen; dabei kann es sich um frühere Nichtwähler, Erstwähler oder Wechselwähler handeln.

Einige Thesen, wie dem Wachstum der RHP-Parteien entgegengewirkt werden kann

1. Wichtig ist die Betonung sozio-ökonomischer Fragen in der Politik, insbesondere der Umverteilungspolitik, wenn man die Stellung der RHP-Parteien untergraben möchte. Nach dem Weltbild von RHP-Parteien sind soziale Gräben und unterschiedliche Bedingungen für Frauen und Männer politisch irrelevant. Wenn RHP-Parteien die Agenda bestimmen dürfen, werden ethnische Identitäts-



fragen und Familienpolitik in den Vordergrund gerückt, dagegen haben sie zur Schaffung von Arbeitsplätzen, allgemeiner Wohlfahrt, gerechtem Steuersystem etc. kein politisches Programm.

2. Auch eine deutliche Links-Rechts-Einordnung in der Politik reduziert den Freiraum für RHP-Parteien. Nach ihrem Selbstbild stehen sie politisch »außerhalb« von links und rechts (auch wenn sie in den parlamentarischen Abstimmungen tatsächlich rechts wählen). In mehreren Ländern erhielten RHP-Parteien Auftrieb, als die Politik konvergierte und die Unterschiede zwischen den anderen Parteien geringer wurden. Häufig hatten RHP-Parteien ihren Durchbruch dann, wenn die Arbeiterparteien mit konservativen Parteien Koalitionen bildeten (wie in den Niederlanden, Österreich und in Antwerpen, der Hochburg von *Vlaams Belang*).

3. Gewerkschaftliche Organisation und ein ideologisches Profil bei der Gewerkschaftsarbeit durch Ausbildung und eine enge Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, erschwert eine Etablierung von RHP-Parteien. Studien aus Belgien beispielsweise zeigen, dass RHP-Parteien in Landesteilen mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad weniger erfolgreich sind. Da RHP-Parteien vor allem Männer aus der Privatwirtschaft anziehen, sind starke Industriegewerkschaften in männlich dominierten Branchen – wie zum Beispiel im Baugewerbe, im Transportsektor und in der Schwerindustrie – von besonderer Bedeutung.

4. RHP-Parteien vertreten eine populistische Politik mit übertriebenen und häufig unbegründeten Aussagen über Einwanderungskosten, Kriminalität unter Migranten etc. Ihre politische Rhetorik geht mit der Auffassung einher, die Massenmedien versuchten, die »Wahrheit« zu verschleiern, während sie selbst als einzige Vertreter der Wahrheit diese offen aussprechen. Es ist wichtig, der unsachlichen Propaganda von RHP-Parteien zu begegnen, indem Fakten benannt werden. Dadurch können die Möglichkeiten der RHP-Parteien begrenzt werden, neue Wähler zu gewinnen.

5. Man darf nicht zulassen, dass RHP-Parteien die politische Tagesordnung bestimmen. Deshalb müssen die in der Debatte verwendeten Begriffe und politischen Problemstellungen ganz bewusst gewählt und formuliert werden. Das Lebenselixier der RHP-Parteien ist die Kritik an der »Mischung von Kulturen« und einer »gescheiterten

Integrationspolitik«. Doch haben sie wenig Inhaltliches zu bieten, wenn es um wachsende Klassenunterschiede, die Stellung der Frau oder um ethnische Diskriminierung geht. Deshalb sollte die Diskussion gezielt auf solche Themen gelenkt werden.

6. Eine gefährliche Strategie ist der Versuch, dem Anwachsen der RHP-Parteien zu begegnen, indem ihre Ansichten und Forderungen teilweise übernommen werden. In einigen Ländern Europas wurde die Erfahrung gemacht, dass die RHP-Parteien dadurch stärker wurden. Wenn die Sozialdemokratie in Fragen wie Migrationsgesetzgebung, Bestimmungen für Staatsangehörigkeit etc. Stellung bezieht, sollte sie von einer politischen Beurteilung ausgehen, ohne taktisch auf die RHP-Parteien zu blicken.

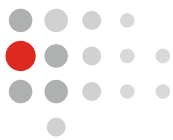
7. RHP-Parteien sehen sich als Gegner des Establishments und vermitteln oft den Eindruck, dass Medien und etablierte Parteien versuchen, sie auszugrenzen. Um diese Tendenz nicht zu verstärken, sollte eine Stigmatisierung der RHP-Parteivertreter vermieden werden. Sonst könnten sich die Parteien noch stärker als »Martyrer der Wahrheit« darstellen.

8. Es kann wirkungsvoll sein, die Kritik an den RHP-Parteien zu erweitern und es nicht dabei zu belassen, nur die Fremdenfeindlichkeit hervorzuheben. Andere Bereiche, auf die man sich in der kritischen Auseinandersetzung konzentrieren sollte, sind die konservative Familienpolitik und der Anti-Feminismus. Besonders wichtig ist auch, Argumente dafür zu liefern, warum diese Parteien einen Teil der autoritären Rechten darstellen. Dadurch wird die Kritik politischer und bleibt nicht vorrangig moralisch.



Literatur

- Bauer, Werner T.** (2010): *Willkommen in der Normalität? Anmerkungen zum Wahlerfolg der rechten Schwedendemokraten*, Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse.
- Berthelson, Lisa** (2006): Journalister apar efter politikens språk [Journalisten öffnen die Sprache der Politiker nach], in: *Quick Response* (5.12.2006).
- Ekman, Mikael/Poohl, Daniel** (2010): *Ut ur skuggan. En kritisk granskning av Sverigedemokraterna [Aus dem Schatten. Eine kritische Untersuchung der Schwedendemokraten]*, Stockholm, Natur & Kultur.
- Fryklund, Björn/Peterson, Tomas** (1989): *»Vi mot de»: Det dubbla främlingskapet i Sjöbo [»Wir gegen sie»: Die doppelte Entfremdung in Sjöbo]*, Lund, Lund University Press, CESIC Studies in international conflict.
- Hultén, Gunilla** (2006): *Främmande sidor. Främlingskap och nationell gemenskap i fyra svenska dagstidningar efter 1945 [Fremde Seiten. Fremdsein und nationale Gemeinschaft in vier schwedischen Tageszeitungen nach 1945]*, Institut für Journalistik, Medien und Kommunikation, Universität Stockholm.
- Interview mit Gunilla Hultén am 12.6.2010, durchgeführt von Mats Wingborg.**
- Lipset, Seymour Martin** (1981): *Political Man: The Social Bases of Politics*, Baltimore, John Hopkins University Press.
- Meier Carlsen, Erik** (2010): Danska sjukan [Dänische Krankheit], in: Markus Uvell/Erik Meier Carlsen: *Folkhemspopulismen. En bok om Sverigedemokraternas väljare [Volkshempopulismus. Ein Buch über die Wähler der Schwedendemokraten]*, Stockholm, Timbro, S. 133–266.
- Rydgren, Jens** (2002): Radical Right Populism in Sweden: Still a Failure, But for How Long?, in: *Scandinavian Political Studies*, 25 (1), S. 27–56.
- Rydgren, Jens** (2005): *Från skattemissnöje till etnisk nationalism. Högerpopulism och parlamentarisk högerextremism i Sverige. [Vom Steuerprotest zum ethnischen Nationalismus. Rechtspopulismus und parlamentarischer Rechtsextremismus in Schweden]*, Lund, Studentlitteratur.
- Rydgren, Jens** (2007): The Sociology of the Radical Right, in: *Annual Review of Sociology*, 33, S. 241–262.
- Rydgren, Jens** (2010): Radical Right-wing Populism in Denmark and Sweden: Explaining Party System Change and Stability, in: *SAIS Review*, 30 (1), S. 57–71.
- Sundström, Lena** (2010): *Världens lyckligaste folk [Das glücklichste Volk der Welt]*, Stockholm, Leopard.



Über die Autoren

Anna-Lena Lodenius ist Journalistin und Autorin und schreibt seit über 20 Jahren zu den Themen politische Gewalt und Extremismus sowie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Mats Wingborg ist Autor und Journalist mit den Schwerpunkten auf Entwicklungsfragen, Arbeitsmarkt, asiatische Politik, Integration und Fremdenfeindlichkeit.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Westeuropa/Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa/
Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>
Email: ID-INFO-WENA@fes.de

Diese Publikation ist im Auftrag des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Stockholm und in Zusammenarbeit mit dem zentralen Projekt »Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus« des Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung entstanden.

Das FES-Büro in Stockholm (www.fesnord.org)

Das Nordische Büro ist Teil des internationalen Netzwerks der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und umfasst die Länder Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden.

Das Büro mit Sitz in Stockholm wurde 2006 mit dem Ziel gegründet, die deutsch-nordische Zusammenarbeit zu fördern. Mit Seminaren und Publikationen trägt das Büro zu einem kontinuierlichen Dialog zwischen Entscheidungsträger/innen und der Zivilgesellschaft in den Nordischen Ländern und Deutschland bei.

Die Arbeit der FES in den Nordischen Ländern konzentriert sich insbesondere auf den Ideen- und Erfahrungsaustausch zu gemeinsamen Herausforderungen in den Bereichen Soziales, Wirtschaft und Außenpolitik, wie beispielsweise:

- Erfahrungen aus Wohlfahrtsstaats- und Sozialreformen, insbesondere im Hinblick auf Chancengleichheit, partizipatorische Demokratie und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors;
- Erfahrungen in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, europäische Integration und Ostseekooperation;
- Erfahrungen auf dem Gebiet Integration- und Migrationspolitik.

Das Projekt »Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus« Forum Berlin

Das Projekt »Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus« im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet kontinuierlich Veranstaltungen, Publikationen und Seminare zu aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und zu effektiven Gegenstrategien an. Die Beschäftigung mit der europäischen Dimension des Rechtsextremismus gehört zu den Arbeitsschwerpunkten des Projekts. Mehr Informationen zu der Arbeit der FES für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie unter www.fes-gegen-rechtsextremismus.de.

Kontakt:

Projekt »Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus« Forum Berlin
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Deutschland
Verantwortlich: Susanne Stollreiter
Tel.: ++49-30-269-35-7309 | Fax: ++49-30-269-35-9240
<http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de> |
forum.rex@fes.de



Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86872-750-0